

Liebe Leserinnen und Leser,

Koalition und Opposition haben sich gestern in einer Arbeitsgruppe darauf verständigt, dass die Bundesregierung eine Finanztransaktionssteuer im Rahmen der "Verstärkten Zusammenarbeit" anstreben soll. Dieses Verfahren sieht eine Koalition von mindestens neun EU-Staaten vor. Bisher hatte vor allem die FDP gefordert, dass sämtliche EU-Staaten sich an der Steuer beteiligen müssten; auch führende Unionsvertreter hatten lange Zeit noch eine Teilnahme der gesamten Eurozone verlangt. Verhandlungsbasis soll eine breit ausgestaltete Finanztransaktionssteuer sein und nicht das Modell der britischen Stempelsteuer oder einer anderen abgespeckten Steuer. Auch dies ist ein positiver Aspekt. Besonders negativ ist jedoch, dass unsere Forderungen zur Einnahmenverwendung sich nicht im Kompromiss wiederfinden: Die Einnahmen der Steuer sollen der Bewältigung der Kosten der Finanzkrise dienen sowie der Haushaltskonsolidierung und der Stärkung von Wachstumsimpulsen.

Die Vereinbarung ist an die Zustimmung zum Fiskalvertrag geknüpft, dessen Ratifizierung wegen einer Grundgesetzänderung Stimmen aus den Reihen der Opposition bedarf. Die Verhandlungen um weitere Zugeständnisse der Koalition laufen noch bis zum 13. Juni. Ob diese SPD und Grünen die Zustimmung zum Fiskalvertrag wert sein werden, wird sich zeigen. Die Linke verhandelte zwar mit, lehnt den Fiskalvertrag jedoch grundsätzlich ab. Wir als Kampagne äußern uns nicht direkt zum Fiskalvertrag.

Das Verfahren der "Verstärkten Zusammenarbeit" sieht ein Scheitern des Kommissionsentwurfs vor, denn es darf europarechtlich nur als letztes Mittel ergriffen werden. Dazu müsste der Kommissionsentwurf zunächst im Ecofin abgelehnt werden, woraufhin Europäischer Rat und Europäisches Parlament auf Antrag von Mitgliedstaaten diese zur "Verstärkten Zusammenarbeit" ermächtigen könnten. Inwieweit eine Koalition von willigen Staaten bereits in den Startlöchern steht oder erst noch gebildet werden muss, muss sich zeigen.

Weil die Finanztransaktionssteuer also noch lange nicht in trockenen Tüchern ist, lohnt es sich, am 17. Juni in Frankfurt an einem Sandsackwall um die Frankfurter Börse mitzubauen, um Finanzspekulationen einzudämmen. Information zu dieser Aktion von Campact, Attac und Oxfam im Rahmen der Kampagne unter <http://www.campact.de/finanzkrise/damm/info>.

Wegen der Einnahmenverwendung werden wir ebenfalls am Ball bleiben und rufen auch dazu auf, die verhandelnden Parteien (insbesondere die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen) an unsere Kampagnenforderung zu erinnern: Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sind sowohl für die Bekämpfung weltweiter Armut, zum Schutz von Klima und Umwelt und zur Bewältigung der Finanzkrise zu verwenden.

Inhalt:

- Entwicklungen im Inland
- Entwicklungen im Ausland
- Beschluss des Europaparlaments
- Globale Aktionswoche
- Technische Untersuchungen der EU-Kommission
- Keine Finanztransaktionssteuer in Ungarn
- Kampagnenaktivitäten

Entwicklungen im Inland:

22. Mai: Als erste Gruppierung der Koalitionsparteien tritt der CSA (Arbeitnehmerunion)

Bezirksverband Nürnberg-Fürth-Schwabach der Kampagne als [92. Mitträger](#) bei.

21. Mai: Das "World Future Council" tritt als [91. Mitträger](#) der Kampagne bei.

19. Mai: Der bayerische Finanzminister [Markus Söder \(CSU\)](#) plädiert dafür, eine Finanztransaktionssteuer notfalls auch im nationalen Alleingang einzuführen.

15. Mai: Für Unions-Fraktionschef [Volker Kauder](#) wäre eine Finanztransaktionssteuer mit nur neun EU-Staaten keine Alternative - stattdessen sollte die ganze Eurozone besser den Computerhandel und den Derivatehandel besteuern.

15. Mai: Die Koalition schwenkt langsam auf eine teileuropäische Einführung der Finanztransaktionssteuer um, lassen Äußerungen des früheren parlamentarischen Geschäftsführers [Peter Altmaier](#) vermuten.

13. Mai: [CSU-Chef Horst Seehofer](#) will Koalitionsrunden boykottieren, bis Betreuungsgeld und Finanztransaktionssteuer realisiert werden.

10. Mai: [Union-Fraktionschef Volker Kauder](#) warnt SPD und Grüne davor, die Zustimmung zum Fiskalvertrag mit der Finanztransaktionssteuer zu verknüpfen.

9. Mai: [SPD und Grüne](#) fordern weiterhin ergänzende Maßnahmen für ihre Zustimmung zum Fiskalvertrag - etwa eine Finanztransaktionssteuer.

9. Mai: EU-Parlamentspräsident [Martin Schulz](#) sieht die Realisierungschancen der Finanztransaktionssteuer bei 50 Prozent.

2. Mai: [Finanzminister Schäuble](#) glaubt daran, dass eine teileuropäische Finanztransaktionssteuer kommen wird.

1. Mai: Die Finanztransaktionssteuer ist wieder einmal als Forderung auf den [1. Mai-Demonstrationen](#) dabei.

Entwicklungen im Ausland:

25. Mai: [Malta](#) ist das einzige EU-Land, in welchem die Mehrheit der Bevölkerung eine Finanztransaktionssteuer ablehnt. Selbst in Großbritannien ist die Mehrheit dafür. Die maltesische Regierung würde die Steuer allenfalls weltweit einführen wollen.

24. Mai: [Bulgarien](#) wird die Einführung einer Finanztransaktionssteuer unterstützen, so Premier Bojko Borissow.

24. Mai: Der britische Premier [David Cameron](#) will eine Finanztransaktionssteuer mit allen Mitteln bekämpfen.

23. Mai: Der irische Ministerpräsident [Enda Kenny](#) lehnt eine auf die Eurozone begrenzte Finanztransaktionssteuer ab.

23. Mai: Das [Europaparlament](#) spricht sich mit breiter Mehrheit für die Finanztransaktionssteuer aus.

21. Mai: Etwa [tausend Protestler](#) suchen den US-amerikanischen Finanzminister Timothy Geithner zu Hause auf, um ihm einen Brief zugunsten einer Finanztransaktionssteuer zu übergeben - doch Geithner öffnet nicht.

18. Mai: [Tausende Krankenschwestern und Krankenpfleger](#) demonstrieren in Chicago für eine Finanztransaktionssteuer.

14. Mai: Die UN-Sonderberichterstatterin für extreme Armut und Menschenrechte, [Magdalena Sepulveda](#), der Sonderbeauftragte für ein Recht auf Nahrung, [Oliver De Schutter](#), und andere UN-Experten sprechen sich für eine Steuer im Sinne unserer Kampagne aus.

10. Mai: Eine neue Studie der [EU-Kommission](#) attestiert der Finanztransaktionssteuer einen positiven Nettoeffekt auf die Wirtschaftsleistung in Europa.

9. Mai: Die [ungarische Regierung](#) beschließt eine Steuer auf Finanztransaktionen. Diese betrifft allerdings keine Finanzmarktgeschäfte, sondern Alltagsgeschäfte wie Überweisungen und Kreditkartenzahlungen und ist somit keine Finanztransaktionssteuer im üblichen Sinne.

7. Mai: Österreichs Kanzler [Werner Faymann](#) sieht in der Wahl von Hollande zum französischen Präsidenten ein positives Signal für die Finanztransaktionssteuer.

Beschluss des Europaparlaments

Das Europaparlament hat am 24. Mai eine Stellungnahme zum Kommissionsvorschlag zur Finanztransaktionssteuer verabschiedet. Dabei sprachen sich die Abgeordneten mit überwältigender Mehrheit von 487 zu 152 Stimmen bei 46 Enthaltungen für die Finanztransaktionssteuer aus.

Darüber hinaus empfiehlt die Stellungnahme auch in etlichen Punkten Änderungen am Kommissionsentwurf:

So spricht sich das Parlament dafür aus, das Ansässigkeits- um das Ausgabeprinzip zu ergänzen. Damit würden nicht nur alle Transaktionen besteuert, bei denen eine Partei den Sitz in einem EU-Land hat, sondern auch alle Transaktionen mit Finanzprodukten, die ursprünglich in der EU ausgegeben wurden. Ferner soll eine Transaktion auch erst mit Entrichtung der Steuer rechtskräftig werden. Das Parlament spricht sich auch dafür aus, die Steuer notfalls im Rahmen der "Verstärkten Zusammenarbeit" einzuführen, wenn sie sich nicht im Rahmen der 27 EU-Staaten realisieren ließe. Ferner sollen Pensionsfonds von der Steuer ausgenommen werden.

Die Stellungnahmen des Europaparlaments sind allerdings in Steuerfragen nicht bindend.

Ausführlicher Kommentar von [Sven Giegold \(MdEP Grüne\)](#)

Globale Aktionswoche

Kampagnen aus 35 Länder nahmen an der globalen Aktionswoche zur Finanztransaktionssteuer teil, die vom 15. bis 22. Mai ausgerufen wurde. Die Aktionswoche war wahrhaft international - neben Aktionen in Europa gab es auch Aktionen in Japan, Indien und Malawi.

Einen Überblick und eine Slideshow gibt die britische Robin Hood Tax Campaign unter

<http://robinhoodtax.org.uk/latest/1-brilliant-idea-35-countries-robin-hood-tax-global-week-action>

Fotos gibt es auch hier bei Flickr:

<http://www.flickr.com/photos/robinhoodtax/sets/72157629726055038/with/7196347376/>

"Steuer gegen Armut" hat sich bereits im Vorfeld beteiligt und Angela Merkel vor dem Brandenburger Tor mit Francois Hollande getraut (Bericht im letzten Newsletter).

Das Presseecho war überwältigend (Berichte bis hin nach Venezuela oder Thailand). Inzwischen gibt es neben [Fotos](#) auch ein von Oxfam produziertes Video von der Aktion unter <http://youtu.be/hb9YAD4q1eQ>.

Technische Untersuchungen der EU-Kommission

Die Dienststellen der Europäischen Kommission haben am 4. Mai 2012 sieben erläuternde Vermerke veröffentlicht, die die Ergebnisse zusätzlicher Analysen und Verdeutlichungen über die praktische Funktionsweise der Finanztransaktionssteuer darlegen. Diese sind eher technischer Natur und ergänzen die Untersuchungen der Folgenabschätzung der Kommission vom Herbst 2011. Es geht dabei u.a. um die Auswirkungen aufs Wirtschaftswachstum, um die Berechnung der Einnahmen, um Abwanderungsgefahren und um Pensionsfonds.

Mehr Informationen:

http://ec.europa.eu/taxation_customs/taxation/other_taxes/financial_sector/index_de.htm

Keine Finanztransaktionssteuer in Ungarn

In den letzten Wochen gab es Gerüchte, auch Ungarn würde eine FTS einführen. Allerdings wäre es für die Zivilgesellschaft höchst ambivalent gewesen, das ultranationalistische und rechtspopulistische Regime in Budapest als Verbündeten zu haben. Ungarn steckt tief in der Krise und sucht verzweifelt nach neuen Einnahmequellen, während der IWF und die EU damit gedroht haben, die finanzielle Unterstützung zu stoppen.

In der Tat ist Budapest dabei, eine neue Steuer einzuführen. Aber obgleich die Steuer "Financial Transaction Duty" heißt, hat sie nichts mit der Finanztransaktionssteuer zu tun. Dem ungarischen Wirtschaftsministerium zufolge wird die Steuer mit einem Satz von 0,1 % auf bestimmte Formen des bargeldlosen Zahlungsverkehrs erhoben, wie zum Beispiel Überweisungen, Einzugsermächtigungen und Kreditkartenzahlungen. Es steckt also nicht die Absicht dahinter, den Handel mit Finanzvermögenstiteln zu regulieren, sondern über den normalen Zahlungsverkehr, der bei dem EU-Projekt einer Finanztransaktionssteuer ausdrücklich von der Steuer ausgenommen ist, Unternehmen und Haushalte abzukassieren.

Quelle: WEED, [Newsletter EU-Finanzreformen](#), Mai 2012

Nachtrag: Im Gegenzug will die ungarische Regierung dafür ihre Bankensteuer auf den [Prüfstand](#) stellen.

Kampagnenaktivitäten

Finanzhaie an die Kette gelegt

Campact hat im Rahmen der Kampagne am 23. Mai mit einer Aktion im Vorfeld des EU-Wachstumsgipfels vor dem Bundeskanzleramt aufgetrumpft. Die Aktiven machten Merkel heute

Morgen vor, was sie von ihr erwarten: Finanzhaie an die Kette legen! Mit einer dicken Kette kreisten sie die Finanzhaie ein, die in ihren Ganzkörper-Haizügen mit Geldscheinen um sich warfen. Doch erst Merkel konnte die Finanzhaie mit einem großen Schloss mit der Aufschrift "Finanztransaktionssteuer" bändigen. Dafür gab es einen Applaus und den spontanen Sprechchor "Super-Merkel!"

Aktionsbericht und Bildergalerie unter
<http://blog.campact.de/2012/05/finanzmarkte-an-die-kette/>

Animationsvideo

Alex van Sputto hat ein sehenswertes Graffito/Animationsvideo zur FTT erstellt:
<http://vimeo.com/42045271>.

Sandsackwall am 17. Juni um die Frankfurter Börse: Sandsack spenden, mitmachen!

Ende Juni werden die EU-Finanzminister um die Finanztransaktionssteuer ringen. Campact plant mit anderen Mitgliedsorganisationen der Kampagne eine spektakuläre Aktion: Mit einem Wall aus tausenden Sandsäcken vor der Frankfurter Börse soll 17. Juni, dem Sonntag vor dem entscheidenden Ecofin-Gipfel, die Spekulation symbolisch eingedämmt werden. Jeder Sack steht für einen Menschen, der sich für die Finanztransaktionssteuer stark macht.

Um den Damm zu errichten, brauchen wir rund 200 Menschen. Helfen Sie uns beim Dammbau: Lassen Sie mit einer Sandsack-Spende den Damm wachsen! Und kommen Sie am Sonntag, den 17. Juni zur Aktion nach Frankfurt!

Mehr Infos:
<https://www.campact.de/finanzkrise/damm/sandsack>

Internationaler Appell zum EU-Wachstumsgipfel

Die internationale Kampagne hat sich in einem Unterzeichnerbrief an diejenigen Staats- und Regierungschefs der neun EU-Staaten gewandt, die im Februar die dänische Ratspräsidentschaft aufgefordert haben, die Finanztransaktionssteuer voranzutreiben. Der Brief forderte, beim "EU-Wachstums-Sondergipfel" weitere Fortschritte zu erzielen. Europaweit haben 200 Organisationen den Appell unterzeichnet. Der Brief unterstreicht die Notwendigkeit, im Rahmen einer "Verstärkten Zusammenarbeit" voranzuschreiten, benennt positive ökonomische Effekte einer Finanztransaktionssteuer und betont den Bedarf nach Finanzmitteln zur Finanzierung globaler Angelegenheiten.

Zum [Brief](#).

Pressemitteilungen

14. Mai: Offener Brief an die Bundeskanzlerin: Bei der Einführung der Finanztransaktionssteuer (FTS) keine Zeit mehr verlieren! In der Eurozone Koalition der Willigen anführen!

Anlässlich des Besuchs des neugewählten französischen Präsidenten Hollande fordert die Kampagne Bundeskanzlerin Merkel auf, gemeinsam mit Francois Hollande die Initiative zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit zu nutzen.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

7. Mai: Präsident Hollande und Bundeskanzlerin Merkel: "Vermählung" im Zeichen der Finanztransaktionssteuer

Nach der Präsidentschaftswahl in Frankreich setzt die Kampagne mit einer inszenierten Hochzeit zwischen Angela Merkel und Francois Hollande ein Zeichen für neuen Schwung bei der Finanztransaktionssteuer.

Zur vollständigen Pressemitteilung [hier](#).

Herzlichst, Ihre Newsletter-Redaktion

www.steuergegenarmut.org und auf [Facebook](#)

Der Newsletter der Kampagne "Steuer gegen Armut" wird monatlich und bei besonderen Anlässen verschickt. Die Redaktion liegt bei Attac.